

2638

An
den Vorsitzenden des Hauptausschusses
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über
Senatskanzlei - G Sen -

Projekte von besonderer politischer Bedeutung

Kapitel 0850 - Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Kultur
Titel 68406 - Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
TA 08 - Projekte gegen Antisemitismus und zur Förderung des interreligiösen Dialogs

Rote Nr.: 2487

Vorgang: 90. Sitzung des Hauptausschusses vom 14.11.2025

Ansätze:	Kapitel 0850 / Titel 68406, Teilansatz 8		
	abgelaufenes Haushaltsjahr 2025:	10.000.000	€
	laufendes Haushaltsjahr 2026:	8.000.000	€
	kommendes Haushaltsjahr 2027:	8.000.000	€
	Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres 2025:	8.994.162,52	€
	Verfügungsbeschränkungen 2026:	8.000.000	€
	Aktuelles Ist (Stand: 06.01.2026)	0,00	€
	Gesamtausgaben		€

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„SenKultGZ wird gebeten, dem Hauptausschuss die folgenden Fragen zum Titel 68406 zu beantworten:

1. Inwieweit wurden die eingereichten Projekte von besonderer politischer Bedeutung formal geprüft? Was hat die formale Prüfung jeweils ergeben? Gab es Beanstandungen? Vertrat die Hausleitung in Einzelfällen eine andere Meinung als die Fachebene?

2. Gab es bei der Vergabe der Mittel an „Projekte von besonderer politischer Bedeutung“ ein Fördersystem, Förderrichtlinien oder andere formale Rahmenbedingungen?
3. Ist es der Normalfall bei der Projektförderung, dass es keine Möglichkeit gab, sich auch proaktiv auf die verfügbaren Mittel zu bewerben?
4. Welche konkreten Mitglieder der Koalitionsfraktionen des Abgeordnetenhauses waren an der Auswahl der Projekte von besonderer politischer Bedeutung beteiligt?
5. Warum musste die politische Hausleitung die Verwaltung anweisen, Projektmittel zu bescheiden?
6. Welche weiteren „Projekte von besonderer politischer Bedeutung“ sind noch in der Bescheidung? Wenn es zu keiner weiteren Bescheidung kommt, was wird mit den Restmitteln passieren? Sind noch Projekte dabei, die auf Anweisung beschieden werden? Haben auch bei den weiteren Projekten politische Amts- und Funktionsträger mitgewirkt?“

Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

Zu 1.:

Die formale Prüfung auf Vollständigkeit und Plausibilität schloss die Prüfung der ordnungsgemäßen Geschäftsführung, des Maßnahmenbeginns, der Registrierung in der Transparenzdatenbank (bei juristischen Personen), des Finanzierungsplanes, u.a. des Eigenmitteleinsatzes, der zuwendungsfähigen Ausgaben und der Wahl der Finanzierungsart ein. Grundsätzlich wurde im Rahmen der Antragsprüfung beanstandet, dass die Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung aufgrund der fehlenden inhaltlichen Prüfung nicht beurteilt werden konnten.

Die Beanstandungen wurden jeweils in den Antragsprüfvermerken festgehalten. In Einzelfällen wurde aufgrund der hohen politischen Relevanz der Projekte, u.a. im Kontext der neuen Städtepartnerschaft Berlin-Tel Aviv, von der formalen Voraussetzung der Einbringung von Eigenmitteln durch Entscheidung der Senatorin abgesehen (Vollfinanzierung); dies gemäß den Regelungen der Landeshaushaltsordnung.

Zu 2.:

Die Vergabe der Mittel für „Projekte von besonderer politischer Bedeutung“ verfolgte thematisch konsequent allein den Zweck der Antisemitismusprävention.

Zu 3.:

Projektförderungen liegen unterschiedliche Förderziele, -verfahren und -formate zugrunde.

Zu 4.:

An die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SenKultGZ) herangetreten sind insbesondere die Abgeordneten Husein, Stettner, Goiny und Naumann.

Zu 5.:

Die Entscheidung über die Förderung der in Rede stehenden Projekte wurde aufgrund deren besonderer politischer Bedeutung für die Antisemitismusprävention getroffen. Da nach der Neuressortierung des Geschäftsbereichs Gesellschaftlicher Zusammenhalt die strukturelle und fachliche Ausrichtung für Fragen der Antisemitismusprävention erst umgesetzt werden musste, war vorerst keine angemessene Verwaltungsstruktur für die Ausreichung dieser Mittel vorhanden.

Zu 6.:

Es sind keine weiteren Projekte von besonderer politischer Bedeutung in der Bearbeitung.

In Vertretung

Oliver Friederici

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt